

Guido Blumer
Obertor 26
8400 Winterthur
052 202 42 39
079 822 69 92

Winterthur, 8. Januar 2011
GGR-Nr. 2011/003

Frau Ursula Bründler-Krismer
Präsidentin des Grossen Gemeinderates
Stadthausstrasse 4a
8402 Winterthur

Winterthur, 7. Januar 2011.

Einzelinitiative: Aktive Förderung der Empathie.

Sehr geehrte Ursula Bründler.

Antrag:

Gestützt auf die Paragraphen 8.3, 13 und 15 der Gemeindeordnung der Stadt Winterthur vom 26. November 1989, reiche ich eine Einzelinitiative ein, mit dem Ziel, in unserem Gemeinwesen mit konkreten Massnahmen die Empathie in der Bevölkerung zu fördern. Insbesondere sollen die finanziellen und personellen Ressourcen dafür geschaffen werden, dass in allen Klassen der öffentlichen Schulen in unserer Stadt durch jährlich wiederkehrende strukturierte Begegnungen zwischen Kindern und Jugendlichen einmal mit aktiven Polizeikräften und einmal mit Menschen aller hierorts vertretenen Nationen und Religionen das Fremde vertraut gemacht wird und gleichsam ein regelmässiger Austausch unter den Generationen stattfindet.

Begründung:

Gewalt und Respektlosigkeit nehmen in den Gesellschaften rund um die Erde immer mehr Platz ein. Täglich lesen oder hören wir auch von brutalen Übergriffen auf zufällig anwesende Leute oder von gezielten Attacken auf Polizeibeamte irgendwo in der Schweiz, vor allem in Städten, häufig auch in Winterthur. Wenn man hierorts mit offenen Sinnen per öffentlichem Verkehrsmittel unterwegs ist oder zu Fuss über die Strassen geht, in einem Restaurant sitzt oder sich sonst wo im öffentlichen Raum aufhält, fallen viele ausgelebte kleine Abschätzigkeiten und grosse Attacken auf. Die Wertschätzung unter uns scheint sehr tief im Kurs zu sein, unabhängig vom Alter und der Nationalität. Hierbei können wir freilich weiterhin ratlos zusehen oder mit Verschärfungen unserer Gesetze auf rückwärtsgewandte Repression setzen beziehungsweise warten, bis diese entsetzliche gesellschaftliche Entwicklung von einer anderen abgelöst wird. Oder wir können im überschaubaren Lebensraum, in unserer Stadt, mit konstruktiven Mitteln über Dauer vornehmlich in den hier wohnenden Kinder- und Jugendseelen das Mitgefühl für die anderen Geschöpfe säen und damit eine einfühlsamere und folglich respektvollere Bevölkerung prägen.

Schön wär's, wenn solche Bemühungen wieder zu Hause beginnen würden. Wunderbar, wenn schon mal die Polit- und die Medienleute mit gutem Beispiel vorangehen könnten, indem sie die Menschen vermehrt ins Zentrum stellen und nicht die Wähleranteile oder die Nutzerzahlen. Um aber die Ebene des frommen Wunsches zu verlassen, um diejenige

des wirkungsvollen Instruments zu erreichen, muss sich die öffentliche Hand bewegen. Die Stadt Winterthur soll ein Empathiemodell entwickeln, welches in etwa auf folgenden Vorschlägen basiert:

Alle derzeit 1314 Klassen der Winterthur Schulen: von den Kindergärten, Primarschulen, der Sekundarstufe, den Sonderschulen, über die Berufswahlschule und die Berufsschulen bis zu den Mittelschulen werden einmal jährlich von einer aktiven Person der Stadtpolizei besucht und einmal von einer Vertretung einer hierorts vertretenen Nation oder Religion. Die für diese Aufgabe tageweise freigestellten Sicherheitskräfte sollen aus ihrem Berufsalltag erzählen, die gemachten Erfahrungen altersgerecht präsentieren und von ihrer Arbeit als Freund und Helfer sowie als Vollstrecker des Gesetzes reden. Die Vertreterinnen und Vertreter einer der momentan 44 Ausländerorganisationen beziehungsweise der hauptsächlich 11 in Winterthur gesprochenen Fremdsprachen wie allenfalls auch anderer Sprachen, bringen unserer Jugend – den Polizeileuten gleich entgolten – ihre Kulturen und ihre Religionen näher, schildern ihren Alltag, vermitteln ihre Immigrationerfahrungen. Die gegenwärtig 23791 Lernenden in unserer Stadt sollen fort und fort mit den ihnen völlig fremden Welten konfrontiert werden und die Möglichkeit haben, intensiv über das Erfahrene zu diskutieren. Ein dergestalt regelmässiger Austausch unter Menschen unterschiedlichster Erfahrungen und Hintergründe wie aller Generationen kann nicht spurlos an den 23791 Kindern und Jugendlichen vorbeigehen, die zunehmend zu «Wissenden» werden und so in grosser Zahl zu Multiplikatoren einer mitfühlenden Lebensart werden.

Die Empathielektionen sollen im Rahmen der entsprechenden Lehrpläne und unter der Leitung des Departementes Schule und Sport sowie der Mitarbeit von Führungspersonen der nicht städtisch geführten Schulen, des Kommandanten der Stadtpolizei, der Integrationsdelegierten, der Fachstelle für Integration, dem Interkulturellen Forum und dem Ausländer/-innen-Beirat ausgearbeitet und durchgeführt werden. Die Dauer einer auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Schulung kann sich wohl im Einzelfall zwischen zwei Stunden bis zu einem halben Tag bemessen. Wenn demnach jedes Jahr 1314 Klassen zweimal von einer Person besucht werden, und eine Person einen halben Vorbereitungstag und einen halben Durchführungstag benötigt, sind den Vermittlerinnen und Vermittler dieser Aufgabe insgesamt 2628 Arbeitstage freizustellen. 1314 Tage müssten von der Stadtpolizei eingesetzt werden. Eine Mitarbeiterin oder ein Mitarbeiter leistet jährlich 194 Tage Dienst. Die Stadtpolizei benötigt also für diese Aufgabe sieben zusätzliche Mitarbeitende zu einem Jahreslohn von 130'000 Franken. Daraus ergeben sich neue regelmässige Kosten von 910'000 Franken. Für die Mitwirkenden aus dem Bereich Nationen und Religionen kommt der gleiche Betrag dazu. Für die laufenden Konzeptionsarbeiten und für die Koordination und die Organisation ist wohl noch eine Stelle zu schaffen, die auch mal mit 130'000 Franken eingerechnet ist. Das Projekt würde also jährliche Kosten von knapp 2 Millionen Franken verursachen. Die einmaligen Initialkosten können freilich zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht abgeschätzt werden.

Es ist indes wünschenswert, dass sich die Stadt beim Kanton, beim Bund und der Privatwirtschaft um Beiträge für dieses Pioniermodell zur Förderung der Empathie bemüht, weil es die Gesellschaftsentwicklung in Winterthur positiv beeinflusst; den Boden für Respekt ebnet; Verletzungen an Körper wie Seele der Bevölkerung zu vermeiden versucht; Sachschäden zu vermindern hilft; und weil es den dozierenden Polizistinnen und Polizisten wie den Menschen fremder Herkunft und Lebensart die Anerkennung gibt, die sie verdienen; – von dem also allseits profitiert werden kann.

Bitte unterstützen Sie diese Einzelinitiative und lassen Sie sie letztlich zur Gemeindeabstimmung zu. Danke schön.

Mit freundlichen Grüssen:



Guido Blumer.